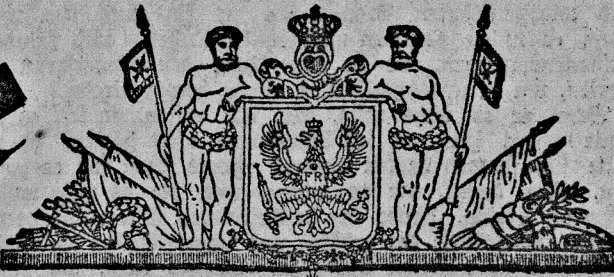


Vossische Zeitung



Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurzzettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 10.— M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 9.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. u. 70% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Die neuen Kabinette.

Die Reichsregierung.

Verzicht Cuno auf das Finanzministerium.

In der Zusammenfassung der neuen Reichsregierung ist dadurch eine Veränderung eingetreten, daß Generaldirektor Cuno seinen Eintritt als Finanzminister abgelehnt hat. Dieses Amt übernimmt an seiner Statt das Mitglied des Zentrums Dr. Wirth, der bisher zum Schatzminister angetreten war. Das Reichsschatzministerium übernimmt der bisherige Reichskanzler Bauer, und das Verkehrsministerium wird nicht ihm, sondern dem bisherigen Verkehrsminister Bell (Zentrum) aufs neue übertragen. Die Ministerliste lautet nunmehr also endgültig:

- Reichskanzler und Außenminister: Hermann Müller (Sozialdemokrat),
- Vizekanzler und Minister des Innern: Koch (Dem.),
- Reichswehrminister: Dr. Gessler (Demokrat),
- Reichsjustizminister: Dr. Blund (Demokrat),
- Reichswirtschaftsminister: Robert Schmidt (Soz.),
- Reichsernährungsminister: Dr. Hermes (Zentrum),
- Reichsverkehrsminister: Dr. Bell (Zentrum),
- Reichspostminister: Giesberts (Zentrum),
- Reichsarbeitsminister: Schütte (Soz.),
- Reichsschatzminister: Bauer (Soz.),
- Reichsfinanzminister: Wirth (Zentrum),
- Minister ohne Portefeuille: Dr. David (Soz.),
- Wiederaufbauminister: noch unbesetzt.

Neu besetzt sollen auch mehrere Unterstaatssekretariate werden. So wird der bisherige Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt, Professor Dr. Hirsch, auscheiden und durch einen Parlamentarier aus den Reihen der Demokraten ersetzt werden. Andererseits erhält der demokratische Reichswehrminister einen parlamentarischen Unterstaatssekretär aus der sozialdemokratischen Fraktion.

Im Gegenfah zu den Nachrichten, die berichteten, daß das Ministerium für Wiederaufbau nur noch wenige Aufgaben zu erledigen habe, gewissermaßen also in einem Zustande des Abbaues sei, erfahren wir, daß die Reichsregierung die Absicht hat, diesem Ministerium einen über den Rahmen seiner gegenwärtigen Aufgaben erheblich erweiterten Wirkungsbereich zu übertragen. Es soll insbesondere alle Finanz- und Wirtschaftsfragen, die sich aus den Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der Entente nach dem Friedensvertrage ergeben, behandeln. Damit fallen ihm umfangreiche neue Aufgaben zu, die bisher teils vom Reichsfinanzministerium, teils vom Reichswirtschaftsministerium bearbeitet wurden. Angesichts der großen politischen Bedeutung dieses Ministeriums hat die demokratische Fraktion die Absicht, der Reichsregierung einen führenden Wirtschaftspolitiker als Kandidaten für dieses Amt zu präsentieren.

Nach einer Meldung der P. P. A. bleibt Dr. Bell nur bis zur Abwicklung der von ihm eingeleiteten organisatorischen Maßnahmen Reichsverkehrsminister. Auch andere Besetzungen gelten als provisorisch, so die Übernahme des Ministeriums des Auswärtigen durch den neuen Reichskanzler Hermann Müller.

Eine letzte Schwierigkeit bei der Kabinettsbildung ergab sich gestern nachmittag, als die Gewerkschaftsführer in einer Versammlung im Reichstag unter Vorsitz von Legien den Beschluß faßten, alle demokratischen Mitglieder abzulehnen, solange diese nicht die bedingungslose Annahme der bekannten neun Einigungsunkte, insbesondere des ersten Punktes, erklären. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde aber beschlossen, den Reichskanzler nur zu ersuchen, eine Erklärung der Kabinettsmitglieder über den ersten Punkt (Teilnahme der Gewerkschaften bei der Regierungsbildung) herbeizuführen. Ein direkter Einspruch gegen die Zusammenfassung des Kabinetts ist nicht erfolgt, ebensowenig wie von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Der Reichskanzler wird, wie das Wolffsche Telegraphen-Büro meldet, im Behinderungsfalle im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes durch den Unterstaatssekretär Gesandten v. Santel vertreten werden.

In der Sitzung der Nationalversammlung am Montag wird der Reichskanzler programmatische Ausführungen machen und sich über die Ereignisse der letzten vierzehn Tage aussprechen. Das neue Kabinett hielt gestern abend bereits die erste Sitzung ab. Der Reichsjustizminister Schiffer bleibt noch bis zum 2. April im Amt und gibt erst dann die Geschäfte an seinen Nachfolger Dr. Blund ab.

Eine besondere Würdigung des neuen Kabinetts in seiner Gesamtheit erübrigt sich aus dem einfachen Grunde, weil es

sich von der vorigen Reichsregierung durch keinen irgendwie wesentlichen Zug unterscheidet. Auf die Besetzung der einzelnen Ministerien im besonderen wird noch zurückzukommen sein.

Das preussische Kabinett.

Berlin, 27. März (W. T. B.).

Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien haben heute abend das Ergebnis gebracht, daß das preussische Staatsministerium wie folgt zusammengesetzt werden soll: Ministerpräsident und Landwirtschaft: Braun, Inneres: Seevering, Unterricht: Haenisch, Finanzen: Lüdemann, Defensitliche Arbeiten: Defer, Handel: Fischbeck, Volkswohlfahrt: Stegerwald, Justiz: Dr. Am Jahnhoff.

Wie wir hören, tauchte bei den Verhandlungen der Gedanke auf, einen Minister ohne Portefeuille neu in das Kabinett aufzunehmen. Begründet wurde dieses neue Amt damit, daß das Ministerium des Innern überlastet sei und, wie die Erfahrung gezeigt habe, unter dem Druck der laufenden Amtsgeschäfte in 1 1/2 Jahren nicht einmal das Verfassungswort bis zur Vorlage an die Landesversammlung habe fördern können. Der Minister ohne Portefeuille sollte vor allem die Fragen der Verfassungs- und Verwaltungsreform in Preußen zu lösen haben. In Aussicht genommen war für diesen Posten der frühere Minister des Innern Dr. Drems, zurzeit Staatskommissar für die Verwaltungsreform, der als eine durchaus liberale Persönlichkeit angesehen werden kann. Auf der Linken war man mit der Schaffung eines solchen Portefeuilles einverstanden, verlangte aber, daß die Bürgerlichen für diesen Posten einen Gewerkschaftler, wenn auch aus ihren eigenen Reihen, in Vorschlag bringen sollten.

Die nächste Sitzung der Preussischen Landesversammlung findet Dienstag, den 30. März, vormittags 11 Uhr statt.

Eine Erklärung Ludendorffs.

General Ludendorff hat, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, durch Rechtsanwalt Dr. Usberg eine Erklärung an den beim Reichsgericht bestellten Untersuchungsrichter, Reichsgerichtsrat Dehlschlager, richten lassen, in der er sein Verhältnis zu der Regierung Kapp und den Vorgängen im einzelnen darlegt.

In dieser Erklärung werden die gegen ihn in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe als unrichtig zurückgewiesen. General Ludendorff hat sich dem vom Reichsgericht bestellten Untersuchungsrichter zu jeder von ihm gewünschten Aufklärung zur Verfügung gestellt und zugleich erklärt, daß er in die Klarstellung der Angelegenheit durch Erwidrerungen auf Presseangriffe seinerseits nicht eingreifen werde. Die Nachricht, wonach General Ludendorff sich in Dänemark aufhalte, ist unzutreffend. General Ludendorff hat noch gestern vormittag mit seinem Rechtsbeistand in Berlin konferiert und denkt nicht daran, sich einem etwaigen Verfahren durch die Flucht zu entziehen.

Die Wahlen in Danzig.

Danzig, 27. März.

Der Völkerbund hat genehmigt, daß die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Danzig am Sonntag, dem 16. Mai, stattfinden. Oberbürgermeister Sahm wurde zum Wahlkommissar bestellt. Der Völkerbund wird sich noch mit der Wahlordnung beschäftigen.

Tschechisch-deutsche Transportkonferenz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Prag, 27. März.

Vom 5. bis 10. April wird in Berlin eine große deutsch-tschechisch-slowakische Transportkonferenz tagen, die sich mit allen Schiffsahrts-, Hafen- und Eisenbahnfragen befassen wird. Die tschechische Regierung wird je einen Vertreter des auswärtigen Ministeriums, des Handels- und Eisenbahnministeriums und eine starke Abordnung von Fachleuten entsenden. Die deutsche Regierung hatte durch den Gesandten Saenger in Prag den Wunsch äußern lassen, alle wirtschaftlichen Fragen gemeinsam zu behandeln, die sich durch den Versailler Friedensvertrag zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei ergeben haben. In Prag ist man jedoch mehr für Einzelkonferenzen eingenommen. Die große Transportkonferenz stellt deshalb eine Art Kompromiß dar, indem hier zwar nicht alle wirtschaftlichen Fragen, aber doch ein großer Komplex gemeinsam besprochen werden soll.

Weshalb unser Finanzaufbau falsch ist.

Von

Walter Rathenau.

Weil man nicht erkennt, daß der Produktionsprozeß durch innere Desorganisation und durch Mißbrauch des Handels zerrüttet ist, kuriert man die Finanzen.

Weil die Sozialdemokratie sich in undurchdachten dogmatischen Programmen gegen indirekte Steuern verschworen hat — die früher einmal, bei gebundenem Arbeitsmarkt, gefährlich waren —, treibt man die direkte Steuer, unvermittelt (das ist der Fehler), bis zum Extrem.

Weil die verpatete Erkenntnis sich regt, daß die großen Vermögensungleichheiten ein Unrecht sind, und weil man die Mittel nicht findet, auszugleichen und die Bildung übermäßiger Vermögen zu hindern, schreitet man zu willkürlichen und einseitigen Konfiskationen.

Weil man in ganz anderen Zeiten den Gedanken der Selbsterschätzung begriffen hat und des Umdenkens nicht fähig ist, wendet man ihn auf ein übertriebenes, einseitiges und vegetarisches Steuerwesen an, mit dem Ergebnis, daß der höchste Geistesmensch sich wegen Steuerdefraudation zu verantworten hat.

Resultat dieser Kette des Unsinns: der Wirtschaft wird nicht geholfen. Es kommt nichts ein. Die Ungleichheit der Vermögen nimmt nicht ab, sondern zu. Die Intelligenz verarmt bis zur Proletarisierung. Die großen Vermögen wachsen ins Sinnlose. Die besten Kräfte wandern aus. Die Beweglichen haben ihr Vermögen ins Ausland geflüchtet. Die Anständigen und Gutmütigen bezahlen für die Rücksichtslosen. Die Autorität des dilettantischen Staats ist in Steuerfragen ebenso dahin wie in Ernährungsfragen. Defraudation ist ein Scherz wie Butterhiebung. Korruption blüht. Regierung und Gesetzgeber werden nicht mehr ernst genommen. Der eine erzählt lächelnd dem andern, wie er es macht. Je gewissenhafter einer ist, desto dummer kommt er sich und anderen vor.

Will ein Staat sich Eingriffe von so schneidender Schärfe in Freiheit und Eigentum gestatten, wie der unsere, so muß er sich entweder auf revolutionäre Gewalt stützen, wie Rußland, oder folgende vier Bedingungen erfüllen:

Erstens muß seine Politik durchsichtig, klar und vor allem richtig sein. Sie muß auf einem stillen und unangreifbaren Gedanken stehen.

Zweitens muß er Gewähr leisten, daß er seine Politik durchsetzt; zum mindesten so weit durchsetzt, daß von unvermeidlichen Fehlern abgesehen, das gewollte Ergebnis und nicht sein Gegenteil erreicht wird.

Drittens muß er in sich und in seinen Organen eine solche sittliche und geistige Autorität verkörpern, daß er hohe Opfer beanspruchen kann und daß er die Verletzung seines Rechtes zu wirklichem Unrecht stempelt.

Viertens muß er so viel psychologische Erfahrung aufbringen, daß er die Gewissen versteht und nicht schwerer belastet, als sie tragen können.

Unser Staat, das Deutsche Reich in seinem heutigen Zustand, erfüllt nicht eine einzige dieser Bedingungen.

Erstens. Seine Politik ist nicht klar, sondern unklar, nicht richtig, sondern falsch. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wird sie gemacht von Männern, die weder sachverständig noch bedeutend, nicht einmal geschult, sondern bestenfalls partiell routiniert sind, und die nur ein begrenztes Vertrauen genießen. Die Politik ist falsch, denn sie verkennt die Produktionsprobleme, fürchtet sich vor dem illegitimen Handel, wagt keine zusammenfassende Organisation und glaubt, durch Finanzexperimente die Wirtschaft zu retten. Darüber habe ich oft genug gesprochen und schweige heute.

Eine sittliche Idee liegt dunkel zugrunde, wird aber nicht ans Licht geführt und begriffen: es soll keine übermäßigen Vermögensgegenstände geben. Man findet jedoch nicht die Mittel, um Entstehung und Wachstum übermäßiger Vermögen zu hindern, deshalb vernichtet man zugunsten dieser übermäßigen Vermögen den alten und mittleren Wohlstand.

Zweitens. Dieser Unfähigkeit ist man sich voll bewußt. Man weiß ganz genau, daß, wenn alle Opfer gebracht sind, das Unrecht sich noch toller spreizen wird wie zuvor. Man weiß, daß der frechste Lügner, die zügelloseste Verschwendung, die rücksichtsloseste Bereicherung sich erst dann enttarnen wird, wenn der mittlere Wohlstand eingeebnet, die Intelligenz an den Bettelstab gebracht ist. Man weiß, daß die Verschämmnis der letzten Jahre nicht einzuholen ist, daß die großen Vermögen unangreifbar geworden sind. Man weiß, daß das größte Geldopfer, das je einer Nation zugemutet worden ist, in seinem Jahresertrage kaum eine Monatsausgabe deckt, sofern es nicht ohnehin den Feinden zufällt. Man weiß, daß von der sittlichen Idee nichts mehr übrig bleibt als etwas Sand in die Augen des Proletariats, das ein Opfer sehen will, und etwas Wasser in die Klappermühle der Wahlagitatoren.

Drittens. Ueber die sittliche Autorität, die Glauben dem Wort, Eingebung dem Ziel und Gehorsam der Vorsehrift erzwingt, verfügt der Staat in seiner heutigen Struktur nicht. Seine Repräsentanten imponieren niemand. Seine Organe

* Der Aufsatz wurde geschrieben am 6. März.